

Antisemitischer Alltag und Holocaust – Rekonstruktion und Erinnerung

Veranstalter: NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Datum, Ort: 13.03.2015, Köln

Bericht von: Thomas Roth, NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Am 13. März 2015 fand zum vierten Mal das Kolloquium des NS-Dokumentationszentrums (NS-DOK) der Stadt Köln statt. Die Veranstaltungsreihe hat das Ziel, den Austausch zwischen Wissenschaft und geschichtlich interessierter Öffentlichkeit zu fördern und stellt jüngere Forschungen zum NS-Regime in Köln und dem Rheinland sowie laufende Projekte vor, die neue Perspektiven auf das NS-Regime und dessen „Nachgeschichte“ entwickeln. In diesem Jahr standen Arbeiten im Mittelpunkt, die sich der Regionalgeschichte des „Holocaust“ widmeten – und den Verknüpfungen, die sich zwischen lokalem Herrschaftsalldag und den allgemeinen Entwicklungslinien der Judenvernichtung ergaben. Dabei wurde deutlich, dass auch 70 Jahre nach Kriegsende wichtige Aspekte der nationalsozialistischen Verfolgung der jüdischen Bevölkerung noch weiterer Erforschung bedürfen.

Am Beginn der Veranstaltung stand ein Vortrag von BARBARA BECKER-JÄKLI, KAROLA FINGS und NINA MATUSZEWSKI (alle Köln), die sich als Mitarbeiterinnen des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln bereits seit längerer Zeit intensiv mit dem Thema auseinandersetzen. Sie stellten dar, wie sich die Forschungen des NS-DOK in den mehr als 25 Jahren seines Bestehens gewandelt, erweitert und ausdifferenziert haben: von den Gedenkbuchprojekten der 1980er-Jahre zu den aufwändigen Datensammlungen der Gegenwart, die von der Zugänglichkeit langer Zeit unerreichbarer Quellen, dem systematischen Austausch mit Archiven und Forschungseinrichtungen und einer regen Kommunikation mit den Familien der Verfolgten profitieren können. Die Referentinnen betonten eine mehrfache Erweiterung der Forschungsperspektive in den letzten Jahren: Durch Hinzuziehung von Informationen des Internationalen Suchdienstes oder aus-

ländischer, zumal osteuropäischer Archive sei es gelungen, eine Vielzahl der deportierten und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger zu identifizieren und die von deutschen Behörden überlieferten, zuweilen fehlerhaften Deportationslisten kritisch zu prüfen. Durch den intensiven Austausch mit Angehörigen von Verfolgten und die Einbeziehung persönlicher Unterlagen und Nachlässe sei es nun auch weit besser möglich, spezifische Lebensgeschichten zu erzählen: Die Liste als charakteristisches Format früherer Gedenkbücher könne nun stärker durch Biografien, Fotografien, Erinnerungen, komplexere Formen der Darstellung und des Erinnerns, ergänzt werden. Schließlich sei die beschränkte lokalhistorische Perspektive aufgebrochen worden, wie sich gerade an den Untersuchungen der großen Deportationen aus dem „Alt-reich“ (nach Litzmannstadt, Riga oder Minsk) zeigen lasse. Während das Geschehen früher oft nur isoliert ortsbezogen erfasst worden sei, werde nun geschaut, wie Ausgrenzung, Ghettoisierung und Deportation in der gesamten Region organisiert wurden. Auch das Schicksal der Deportierten nach dem Abtransport, lange Zeit eine „Black Box“ lokalhistorischer Forschung, werde nun umfassend dokumentiert. Das beinhaltet auch eine stärkere Auseinandersetzung mit den für die Judenverfolgung Verantwortlichen: den örtlichen Finanzbeamten, Transportbegleitern oder dem Wachpersonal der Ghettos.

Die Referentinnen machten mit ihren Ausführungen nicht nur auf die Erweiterung der Perspektive in den letzten beiden Jahrzehnten aufmerksam, sondern demonstrierten zudem, welche Rolle gerade die Gedenkstätten bei der Erforschung des Holocaust haben: als Schnittstelle zwischen Überlebenden, Angehörigen, Wissenschaft und Öffentlichkeit, und als Einrichtungen, die oft weit mehr zu langfristiger und kontinuierlicher Arbeit in der Lage sind als die an Forschungszyklen und knappen Projektlaufzeiten orientierten Universitäten.

Im Anschluss stellte BIRTE KLARZYK (Köln) ihr kurz vor dem Abschluss stehendes Dissertationsprojekt vor, das sich mit der sozialen Ausgrenzung und räumlichen Segregation der Kölner Juden vor der Deportation befasst. Klarzyk zeigte eine „Ghettoisierung

ohne Ghetto“ auf, die für viele Großstädte im Deutschen Reich charakteristisch gewesen sein dürfte. Sie unterschied dabei drei Phasen: Bereits nach dem Novemberpogrom und dem Erlass des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden im April 1939 sei es durch Kündigung jüdischer Mieter und Hausverkäufe im Zuge radikalisierte „Arisierung“ zu zahlreichen erzwungenen Umzügen und Hausgemeinschaften gekommen. Nachdem ein Erlass der Kölner Gestapo vom Mai 1941 zahlreiche Sperrbezirke ausgewiesen, die „Zusammenlegung“ der jüdischen Bevölkerung im linksrheinischen Stadtgebiet angeordnet und die Einrichtung von „Judenhäusern“ forciert hatte, wurde die letzte Eskalationsstufe 1942 erreicht: mit der Einrichtung eines separierten Lagers in Köln-Müngersdorf, wo ein Großteil der noch in der Stadt befindlichen jüdischen Menschen bis zur Abschiebung isoliert wurde. Klarzyk's Vortrag führte auch vor Augen, welche Folgen die Ghettoisierungspolitik für die Betroffenen hatte, die aufgezwungenen Ortswechsel und mitunter konfliktträchtigen Notgemeinschaften, die durch permanente Fluktuation zerstörten Sozialbeziehungen und dennoch unternommenen Versuche, Solidarität, Hilfe und Zusammenhalt zu entwickeln. Darüber hinaus nahm die Referentin das Verfolgerensemble in den Blick und sensibilisierte für die Topografie der Ausgrenzung. Angesichts von etwa 300 „Gethohäusern“ in Köln wurde deutlich, wie sichtbar, wie unmittelbar präsent der soziale Ausschluss der Juden in manchen Stadtvierteln gewesen ist.

Ein weiteres, oft zu wenig beachtetes Kapitel der Ausgrenzung nahm JONAS KÜSSNER (Köln) in den Blick. Auf Basis seiner rechtsgeschichtlichen Dissertation zu den familienrechtlichen Entscheidungen des Landgerichts Köln 1933-1945 untersuchte er, inwieweit die Kölner Richter bei der Annullierung oder Scheidung von jüdisch-nichtjüdischen „Mischehen“ zur antisemitischen Politik beitrugen. Küssner machte deutlich, welche Handlungsspielräume die beteiligten Richter auch vor dem Hintergrund des in der NS-Zeit neugestalteten, durch Entscheidungen des Reichsgerichts strukturierten Eherechts hatten. Während er einerseits restriktive Urteile ausmachen konnte, die den jüdischen Ehe-

partner nicht benachteiligten noch die jüdische Herkunft als eherechtlich relevant einstuften, stellte er andererseits Entscheidungen vor, die die antisemitische Politik affirmativ aufgriffen oder aktiv vorantrieben. So wurden beispielsweise die Emigration (und das Zurücklassen des Ehegatten), der kämpferische Einsatz eines jüdischen Partners für den Erhalt einer Ehe oder „Streitigkeiten um die Rassenfrage“ als Eheverschulden bzw. Grund für eine Ehescheidung gewertet. Während Küssner deutliche Unterschiede zwischen Richtern und Kammern hinsichtlich Argumentation und Urteilsstil festmachen konnte, zeigte er auch eine zeitliche Radikalisierung auf: Ab 1941, seit Anlaufen der Massendeportationen, zielte die Kölner Rechtsprechung eindeutig auf die Trennung aller ehelichen Verbindungen zwischen Juden und Nichtjuden.

Ein anderes Feld jüdisch-nichtjüdischer Sozialbeziehungen betrachtete MARCUS LEIFELD (Bonn), der seine Untersuchungen zu Integration und Ausgrenzung jüdischer Bürger im Kölner Karneval vorstellte. In Anlehnung an eine Studie Nicola Wenges skizzierte er zunächst die Ambivalenz der Jahre vor 1933.¹ Zwar hätten sich in den Krisen der Weimarer Republik bereits deutliche judenfeindliche Tendenzen innerhalb karnevalistischer Kreise bemerkbar gemacht; auf der anderen Seite habe sich aber die integrale Rolle, die das jüdische Bürgertum in der Kölner Stadtgesellschaft spielte, auch im Karneval deutlich gezeigt. Für die Zeit nach der Machtübernahme wies Leifeld drei Phasen aus: Nachdem in den ersten Monaten des NS-Regimes durch antisemitische Übergriffe, Drohungen und Auftrittsverbote wichtige jüdische Karnevalisten verdrängt worden seien, folgte 1934/35 eine Phase, in der „radauartiger“, offen zur Schau gestellter Antisemitismus stärker unterbunden wurde. Der organisierte Karneval verzichtete zunächst auf eine allzu kontroverse, außenpolitisch problematische Außendarstellung; im Zentrum stand das Bemühen, regimiekonforme Unterhaltung für die Massen zu organisieren und ein tourismuswirtschaftlich ertragreiches Event zu etablieren, das

¹ Vgl. Nicola Wenge, *Integration und Ausgrenzung in der städtischen Gesellschaft. Eine jüdisch-nichtjüdische Beziehungsgeschichte Kölns 1918-1933*, Mainz 2005.

auch für Besucher aus dem Ausland attraktiv erschien. Die „taktische Zurückhaltung“ schwand jedoch bald wieder, deutlich dokumentiert durch die Einführung eines „Arierparagrafen“ für Festausschuss und Karnevalsgesellschaften, antisemitische Lieder und Büttenreden sowie Umzüge mit judenfeindlichen Motivwagen, die seit 1936 die antisemitischen Kampagnen des Regimes zustimmend kommentierten und illustrierten. Leifeld wertete diese Entwicklung allerdings weniger als Ergebnis unmittelbaren parteilichen oder staatlichen Drucks, als vor allem der Anpassungsbereitschaft führender Akteure des organisierten Karnevals. Dabei sei der „Code des Antisemitismus“ auch bedient worden, um den Karnevalsgesellschaften eine gewisse Eigenständigkeit zu erhalten oder ökonomische Interessen abzusichern.

Verschiedene Motivlagen für die gesellschaftliche Unterstützung des NS-Antisemitismus arbeitete auch SANDRA DENTLER (München) heraus, die ihr Dissertationsprojekt zum Umgang der Bevölkerung mit der Judenverfolgung in Bonn vorstellte. Dentler, die auf ein breites Sample von Quellen, vor allem aber Entnazifizierungs- und Wiedergutmachungsakten zurückgreift, geht dabei von neueren Forschungen zur nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ aus, und untersucht in Anschluss an Michael Wildts Arbeiten mit einem praxeologischen Ansatz², wie diese „Gemeinschaft“ durch soziale Exklusion und rassistische Stigmatisierung sukzessive konstruiert wurde. In ihrem Vortrag zeigte Dentler am Beispiel des Judenboykotts vom April 1933 verschiedene Formen der Beteiligung auf: von den Akteuren der NSDAP-Ortsgruppen und der SA, die „jüdische Geschäfte“ erfassten, blockierten, observierten und Übergriffe auf Geschäftsinhaber verantworteten, über Gewerbetreibende, die die Aktionen aufgrund partikularer Interessen unterstützten, bis zu jenen Teilen der Bonner Bevölkerung, die das Geschehen passiv oder mit erkennbarer Schaulust flankierten und somit einen Rahmen boten für die weitere Durchsetzung der Diskriminierung. Die Referentin betonte nicht nur die vielfältigen Formen der Teilhabe an antisemitischer Ausgrenzung, sondern die gerade zu diesem frühen Zeitpunkt für den

einzelnen noch gegebenen Handlungsmöglichkeiten. Wie zuvor Birte Klarzyk, Jonas Küssner und Marcus Leifeld wies auch Dentler auf vereinzelte Akte der Verweigerung, Resistenz und Hilfeleistung für Verfolgte hin, die deutlich mit der durch Ausgrenzung vollzogenen „Vergemeinschaftung“ und zunehmenden Indifferenz gegenüber den Ausgegrenzten kontrastieren.

Der letzte Beitrag der Veranstaltung nahm einen deutlichen Blickwechsel vor. LISA JENNY KRIEG (Utrecht), die zum Umgang junger deutscher Erwachsener mit dem Holocaust forscht, stellte einen Ausschnitt ihrer Untersuchungen vor, die sie am Kölner NS-Dokumentationszentrum und einem städtischen Abendgymnasium durchgeführt hat. Kriegs kulturanthropologisch und -soziologisch angelegte, auf Beobachtungen und Interviews beruhende Studie widmet sich dabei besonders der Frage, welche Emotionen der Blick auf NS-Zeit und Holocaust hervorruft und wie die Begegnung mit dem Thema durch Wertvorstellungen und politische Identitätskonstruktionen geprägt wird. Die Referentin erläuterte, dass fast alle von ihr Befragten „den Holocaust“ als „überwältigend“, „beunruhigend“, emotionalisierend beschrieben hätten und schilderte verschiedene Strategien und Techniken, „damit“ umzugehen: von Versuchen der Versachlichung und Distanzierung über Ablehnung und „wütende“ Abwehr bis zum Bemühen um historische Aneignung und Erklärung. Krieg schilderte, dass das Thema „Holocaust“ offenbar für viele eine eher unbestimmte Projektionsfläche ist, ein Resonanzraum, in dem ganz unterschiedliche Themen, Argumente und Selbstbilder entwickelt und „zum Klingen gebracht“ werden können. Für die historische Bildungsarbeit wurde dabei erkennbar, wie unverzichtbar weiterhin ein Ansatz ist, der Aufklärung statt Emotionalisierung betont und auf historische Kontextualisierung und Konkretheit setzt.

In der Zusammenschau aller Beiträge wurde deutlich, wie produktiv die Erforschung des Holocaust immer noch sein kann und wie fruchtbar die Verknüpfung unterschied-

² Vgl. Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz, 1919 bis 1939, Hamburg 2007.

licher Fragestellungen, Ansätze und Quellen-sorten dabei ist. Nur so kann das gesamte Spektrum ausgrenzender Praktiken, die Entwicklung des „alltäglichen Antisemitismus“ in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen und die Dynamik der Exklusion angemessen herausgearbeitet werden. Sich mit der Verfolgung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger weiter zu befassen, ist nicht nur essenziell für die öffentliche Auseinandersetzung mit dem NS-Regime in Deutschland und ein unverzichtbarer Akt der Anerkennung gegenüber den Familien der Überlebenden, die sich – nicht nur in der „zweiten“, sondern auch in der „dritten“ und „vierten Generation“ – mit diesem Thema beschäftigen. Die Erforschung des „antisemitischen Alltags“ liefert auch einen entscheidenden Schlüssel zum Verständnis der deutschen Gesellschaftsgeschichte der Jahre 1933-45.

Konferenzübersicht:

Barbara Becker-Jákli/Karola Fings/Nina Matuszewski (Köln), Gedenkbücher, Datenbanken, Lebensgeschichten – Grundlagenforschung im NS-DOK

Birte Klarzyk (Köln), Ghettoisierung ohne Ghetto? Die räumliche Segregation der jüdischen Bevölkerung in Köln und Umgebung 1938-1944

Jonas Küssner (Köln), Ehescheidungen und Judenverfolgung. Zur familienrechtlichen Praxis des Kölner Landgerichts 1933-1945

Marcus Leifeld (Bonn), Zwischen Integration und Ausgrenzung: Juden im Kölner Karneval vor und nach 1933

Sandra Dentler (München), „Volksgemeinschaft“ in Bonn. Das Verhalten der Bonner Gesellschaft zur Judenverfolgung von 1933-1942

Lisa Jenny Krieg (Utrecht), „Weil einem das so in den Knochen steckt“. Wahrnehmung und Aneignung des Holocaust in der historischen Bildungsarbeit. Eine Kölner Studie

Tagungsbericht *Antisemitischer Alltag und Holocaust – Rekonstruktion und Erinnerung*. 13.03.2015, Köln, in: H-Soz-Kult 18.05.2015.